

## Betrogene Jugend

Aus der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg kommen erschreckende Zahlen: Fast 50.000 junge Menschen sind in diesem Jahr ohne einen Ausbildungsplatz. Soviel wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Und selbst diese offiziellen Zahlen sind statistisch geschönt, geben das Ausmaß der Misere nur annähernd wieder.

Es ist ein Skandal. Ein schwächeres Wort kann man nicht wählen, wenn junge Menschen keinen Ausbildungsplatz haben.

All die Sonntagsreden, die größere Anstrengungen in Bildung und Ausbildung verlangen, werden ganz offensichtlich zum Fenster hinaus gehalten. Das ist ein böses Signal für die Jugend. Ihr werden ständig Versprechen gemacht, die nicht gehalten werden. Der vor zwei Jahren unter großem öffentlichen Getöse geschlossene Ausbildungspakt ist ein Beispiel. Wenn heute 9000 Bewerber mehr als im Vorjahr noch nicht vermittelt werden konnten, dann kann man getrost sagen: Der Pakt ist gescheitert. Ausbildungspakt, Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, mahnende Worte von Ministern und Kanzlerin: Nichts, aber auch gar nichts haben diese freiwilligen Instrumente gebracht. Nichts hat die Situation entspannt. Nichts hat die Zukunftschancen junger Menschen in Deutschland verbessert.

Nach Angaben des DGB sind in Deutschland inoffiziell rund 100.000 Schulabgänger ohne Lehrstelle.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt bezeichnete die neuen Zahlen dagegen als „ermutigend“.

Wir sagen: Es darf nicht sein, dass sich Unternehmen ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen entziehen. Notwendig ist eine Ausbildungsumlagefinanzierung, die größere Unternehmen zur Kasse bittet, die sich ihrer Verantwortung nicht stellen. Im Sinne

der Unternehmen, die ausbilden, und vor allem im Interesse der jungen Menschen, deren Aussichten auf eine Zukunft in Arbeit mutwillig zerstört werden.

**Wer nicht ausbildet muss zahlen!  
... so einfach kann es sein!**



*„Das geht besser - aber nicht von allein!“ So hieß das Motto des DGB, unter dem über 220.000 Menschen in Deutschland im Oktober auf die Straße gingen, um gegen die „Reformen“ der Regierung zu protestieren. Eine andere Politik, die im Sinne der Bevölkerung, der Arbeitenden, den Arbeitslosen und Rentner kommt nicht von allein. Da bedarf es großer und lautstarker Aktionen bis hin zum politischen Streik. Die Rente mit 67, Hartz IV, Zweiklassenmedizin, Ausbildungsmisere, Mehrwertsteuererhöhung, das sind die Hauptkonfliktfelder der deutschen Politik. Gelingt es nicht, diese Bedrohung abzuwehren, sind weitere Grausamkeiten zu erwarten. Lohnverzicht, drei Rentennullrunden, steigende Gebühren und Steuern für den Normalbürger, Zuzahlungen bei den Krankenkosten, Sparen bei öffentlichen Ausgaben haben in den letzten Jahren keine Verbesserung, sondern nur Einbußen an Lebensqualität und Armut gebracht. Während sich die Großunternehmen goldene Nasen verdienen, die Vorstände und Aufsichtsräte sich schamlos bedienen, wächst die Unsicherheit und die Armut. Mehr und größere Proteste sind nötig, um Veränderungen einzuleiten.*

## Ein Armutszeugnis

Jeder Siebte ist hierzulande arm. Das sind über 10 Millionen Menschen. Darunter 1,7 Millionen Kinder. Als arm gilt, wer monatlich weniger als 940 Euro für Miete, Lebensmittel, Kleidung und übrigen Bedarf in der Tasche hat. Betroffen sind in erster Linie Arbeitslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien. All dies ist seit Jahren bekannt - dennoch nimmt die Armut weiter zu.

Nur noch zwei von drei Jobs sind sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze. Die Reallöhne sinken seit vielen Jahren. Somit bleibt die Konsumschwäche - trotz des konjunkturellen Strohfeuers - die Achillesferse der Konjunktur. Arbeitslosigkeit, Mini- und Midijobs reißen riesige Löcher in die Sozialkassen. Hinzu kommt die Steuerpolitik. Deutschland ist Europameister im Steuersenken. Unter Schröder begann es. Unsere Steuerquote ist die niedrigste in Europa. Bund, Ländern und Kommunen fehlen durch üppige Steuergeschenke jährlich 45 Milliarden. Die verteilungspolitische Schiefelage verschärft die Situation. Die Senkung von Spitzensteuersatz und Körperschaftsteuer haben weder Konsum noch Investitionen angekurbelt.

Der hilflose Versuch, über Mehrwertsteuer und Kürzungen bei Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen - zusammen über 30 Milliarden Euro - die Löcher wieder zu stopfen, ist an Dilettantismus kaum mehr zu überbieten.

Es muß gegengesteuert werden. Wer den Reichen nichts nimmt kann den Armen nichts geben!

Nach wie vor haben wir riesige Ausgaben für Rüstung und Bundeswehreinätze weltweit. Auch hier muß angesetzt werden. Deutschland braucht keine neue Waffen, sondern eine breit angelegte Bildungsoffensive für Kinderkrippen, Schulen und Universitäten.

Rudi Hechler

### Wochenzeitung der DKP



Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

## Was ihnen nicht noch alles einfällt

Wie man allenthalben liest, ist es der Friedrich Ebert Stiftung (das heißt, der SPD) jetzt gelungen, eine bahnbrechende Entdeckung zu machen: es gibt in Deutschland Leute, die nichts mehr haben. Und zwar über 8 Millionen. Die Entdeckung muß sehr spannend gewesen sein. Studienleiter Frank Dietrich Karl berichtet stolz: „Wir haben den Versuch unternommen, neue Segmente, das heißt Gruppen der Gesellschaft zu finden und zu definieren“. Und sie haben gefunden und definiert. Nämlich dies: „Diese Gruppe umfasst nach unseren Ergebnissen rund acht Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Menschen leben in prekären Lebensverhältnissen. Das heißt, sie haben Familienprobleme, eine schwierige Wohnsituation, ein schlechtes Einkommen, sind schlecht gebildet, häufig arbeitslos und vor allem davon überzeugt, dass sie sich aus ihrer Situation nicht mehr aus eigener Kraft befreien können. Sie haben jegliche Hoffnung aufgegeben, sind total resigniert, manche haben sogar total aufgegeben“.

Das kommt bekannt vor - handelt es sich hierbei etwa um die Unterschicht, um die armen Leute, um das Proletariat? Aber nein: „In unserer Studie ist eine Gruppe aufgeführt, die wir das „Prekariat“ genannt haben. Das Wort „Unterschicht“ kommt in unserer Untersuchung übrigens überhaupt nicht vor.“ Auch wieder wahr. Denn welcher Mensch, dem der Turbo-Kapitalismus Einkommen und Rente, Wohnung und Würde genommen hat, läßt sich auch noch gerne als „Unterschicht“ bezeichnen?

Da muß natürlich ein schönes neues Wort her, genauso, wie man in den sechziger Jahren die Putzfrau nicht mehr Putzfrau nennen durfte, sondern „Raumpflegerin“, und heute der Hausmeister „Facility Manager“ heißt. Also nicht mehr „Ausgebeutete“ oder „Ausgestoßene“, sondern „Prekariat“. Das sind Flatulenzen mit Mobility Support. Zu deutsch: Ferz mit Kricke. Vielleicht sollte man ein bißchen aus der Geschichte lernen und die Dinge beim Namen nennen, anstatt lustige neue Fremdwörter zu erfinden. Ein Rechtsanwalt und Philosoph aus Trier drückte das 1848 so aus: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Der Mann hieß Karl Marx. Und offenbar hat er heute noch recht.

## Vorstandsgehälter explodieren

Während über die „Unterschicht“ debattiert wird, macht die „Oberschicht“ von sich reden: Die Vorstände der meisten deutschen Großkonzerne konnten im vergangenen Jahr bei ihren Gehältern deutlich zulegen und zur Spitzengruppe in Europa aufrücken.

Die jüngsten Zahlen belegen einen schon seit längerem zu beobachtenden Trend: Die Einkommensverteilung wird immer schief. Erhielt beispielsweise ein Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Anfang der 1970er Jahre rund 30 Mal so viel wie ein durchschnittlicher Angestellter, so kassiert er inzwischen das 90fache. Mit Marktwirtschaft hat das wenig zu tun. Nach der reinen Lehre steigen die Einkommen mit der Produktivität. Aber wer will ernsthaft behaupten, dass etwa der Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann um ein Vielfaches leistungsfähiger ist als

sein Vorgänger Hermann-Josef Abs. Hilfsweise versuchen Manager deshalb gern, sich als knappes und entsprechend teures Gut darzustellen. Auch dieses Argument ist Humbug. Die Gehälter werden von Beratern empfohlen und von Aufsichtsräten genehmigt. Einen Markt, auf dem Vorstandsjobs wie in einer Auktion versteigert würden, gibt es schlicht nicht. Stattdessen herrscht Selbstbedienung.

Eine von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz vorgelegte Untersuchung weist aus, dass die durchschnittlichen Bezüge der Vorstände der 30 im Deutschen Aktienindex (Dax) gelisteten Unternehmen von 2004 auf 2005 um elf Prozent auf 1,7 Millionen Euro gestiegen sind.

Nicht enthalten in diesem Betrag sind die Einkünfte der jeweiligen Vorstandscheffe, die ebenfalls um elf Prozent im Schnitt auf drei Millionen zulegen. Deutschland liegt damit im europäischen Vergleich inzwischen im oberen Viertel.

## „Eigentlich gibt es so etwas schon“,

meint Peter Stein vom Sozial- und Wohnungsamt zum Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, einen Familien- und Sozialpaß einzuführen.

Und un-eigentlich? Daß es eine Menge Menschen gibt, denen es dreckig geht, wird heute nicht einmal mehr von den Berliner Regierungsparteien bestritten. Die SPD-nahe Friedrich Ebert-Stiftung hat festgestellt: 8% der Bevölkerung „haben Familienprobleme, eine schwierige Wohnsituation, ein schlechtes Einkommen, sind schlecht gebildet, häufig arbeitslos und vor allem davon überzeugt, dass sie sich aus ihrer Situation nicht mehr aus eigener Kraft befreien können“. Man hat dem Kind sogar einen schönen neuen Namen gegeben: nicht Unterschicht, sondern „Prekariat“ solle man die Leute nennen. Das Sozial- und Wohnungsamt ist dieser schönen Methode gefolgt und hat erst mal festgestellt, daß man den Familien- und Sozialpaß besser „Stadtpaß“ nennen solle, „um möglichen diskriminierenden Sichtweisen vorzubeugen“. Na, wenn's der Wahrheitsfindung dient. Aber glaubt man wirklich, die Armut macht um Mörfelden-Walldorf einen Bogen, und von den 8% der Bevölkerung wohnt niemand hier, und die Armenküche, pardon, „Speisekammer Mörfelden“ wird vom SPV nur aus Jux und Dollerei betrieben? Darauf gibt es eine im schönsten Soziologen-Deutsch formulierte Antwort: „Über 2000 Bürger haben einen zielgruppenorientierten Anspruch auf Leistungen“. Und bekommen sie die auch? Gut und schön: „Den Beziehern von Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII (auch ein schöner Ausdruck-früher nannte man das schlicht und richtig „Erwerbslose“) gewähre man freien Eintritt für Schwimmbad und Badesee. Die Bücherei sei generell kostenfrei und Teilnehmer von Musikschulkursen könnten Gebührenermäßigung oder sogar die komplette Gebührenbefreiung beantragen“ und manches mehr. Im Zuge der Einführung eines Stadtpasses könne man den Personenkreis, dem man diese Vergünstigungen gewähre, noch erweitern, meint Peter Stein. „Das muß dann natürlich politisch gewollt sein“. Nun, das ist es doch: der Beschluß zur Einführung des Passes besteht seit Dezember 2005. Also bitte: keine Wort- und Zahlenspiele, sondern den Beschluß zügig umsetzen und tatkräftige Hilfe leisten für die Menschen, die sie nötig brauchen.

## Gerd Schulmeyer unser Kandidat



### Sozialbericht für die Stadt Mörfelden-Walldorf - für die anderen kein Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

in seiner Einbringungsrede zum Haushaltsplanentwurf 2007 dankte der Stadtkämmerer seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bezeichnete den Haushaltsentwurf mit seiner neuen Systematik und die Einrichtung einer neuen Finanzsoftware als Erfolg. Kein Wort verlor der Erste Stadtrat und SPD-Bürgermeisterkandidat bei dieser Gelegenheit zur sozialen Lage der Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Ein Sozialbericht wurde nicht vorgelegt.

In einem Schreiben an den Magistrat hat die DKP/Linke Liste nachdrücklich darauf hingewiesen, dass auf Grundlage eines Haushaltsantrags der DKP/Offene Liste bei Vorlage des Sozialberichts im September 2004 beschlossen wurde, künftig alle zwei Jahre einen Sozialbericht vor der Haushaltseinbringung durch das Amt für Soziales zu erstellen.

Als Ziel des Sozialberichts 2004, der die Form für die zukünftige Sozialberichterstattung vorgibt, wurde damals formuliert, „... eine möglichst breite Darstellung der aktuellen sozialen Verhältnisse in Mörfelden-Walldorf zu schaffen und den politischen Gremien sowie der Verwaltungsspitze eine Basis zu bieten, die bezogen auf die sozialen Belange in Mörfelden-Walldorf ziel- und ergebnisorientierte Grundsatzentscheidungen erleichtern können...“

Die DKP/LL-Fraktion hält die Vorlage eines Sozialberichts - den wir nach wie vor jährlich für angebracht halten - angesichts des seit Jahren anhaltenden Sozialabbaus in unserem Land

für unverzichtbar und erwartet die unverzügliche Vorlage des Sozialberichts 2006, um den Haushalt unserer Stadt für das nächste Jahr gerade auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten diskutieren zu können. Seit Jahren wird von den politischen Hauptamtlichen unserer Stadt bei jeder Gelegenheit festgestellt, es sei Sache des Parlaments, zu entscheiden, was gemacht wird. Die Verwaltung habe sich dann um das wie zu kümmern. Der Auftrag des Parlaments ist in der Sache klar. Die neuerdings SPD/Grüne Verwaltungsspitze sollte hier unverzüglich ihre Hausaufgaben machen, wir werden sie aus dieser Pflicht nicht entlassen und haben das Thema „Sozialbericht“ auch auf die Tagesordnung der Bürgerversammlung am 14. November gesetzt. Inzwischen hat die Sozialverwaltung angekündigt, den Bericht noch in die Haushaltsberatung einzubringen. Wenn das passiert, haben wir immerhin etwas erreicht, was SPD und Grünen offenbar nicht besonders wichtig ist, und wozu auch CDU und FDP bisher nichts gesagt haben.

Ich halte es heute und für die Zukunft wichtig, den Haushalt der Stadt unter dem Gesichtspunkt aufzustellen und zu bewerten: Was haben die Bürgerinnen und Bürger davon, werden ihre Lebensverhältnisse verbessert? Das wird auch mein Hautthema im Bürgermeisterwahlkampf sein.

Gerd Schulmeyer



# Doppik und was dahintersteckt

Der neue Haushaltsplan der Stadt stellt durch Bundesgesetz gezwungen - von der Kameralistik auf Doppik (kaufmännische Buchhaltung) um. Was steckt dahinter?

Mit der Regierung Kohl löste das neoliberale Staatskonzept das traditionelle „Sozialstaatsmodell“ ab. Das neue Konzept beinhaltet vor allem eine stärkere nationale Standortpolitik im Rahmen der Globalisierung, eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, weitgehende Deregulierung der Märkte, Senkung der Unternehmenssteuern, Entstaatlichung und Entkommunalisierung. Diese Politik wurde von der Regierung Schröder fortgesetzt. Die Regierung Schröder setzte vor allem auf den Ausbau des Wettbewerbsstaates und auf Sozialstaatsabbau durch tiefgreifende Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme, auf mehr private Vorsorge durch den selbstverantwortlichen

## Schbrisch

In unserer Stadt wird gerade der Haushaltsplan 2007 diskutiert. Auf den 440 DIN A 4-Seiten viel kleingedrucktes, unsicheres.

Vieles ist schwer zu finden. Es ist der erste „doppische Haushalt“.

Neu sind die vielen „hochmodernen“ Begriffe:

Balanced Scorecard, Benchmarking, Bottom Up, Cashflow, Controlling, Facility Management, Kontraktmanagement, Outcome, Outputsteuerung und andere.

Mit den neuen Wörtern gibts keine neue Finanzsituation. Es ist heiße Luft oder wie man bei uns sagt: Schbrisch. rh

Aktivbürger, sowie auf Chancengerechtigkeit als neue Form der sozialen Gerechtigkeit anstelle gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung.

Auf kommunaler Ebene bewirkte dies eine betriebswirtschaftliche Ausrichtung des gesamten Verwaltungshandelns unter der Bezeichnung des sog. „Neuen Steuerungsmodells“. Kernstücke des Neuen Steuerungsmodells sind Maßnahmen wie Deregulierung, Privatisierung, Auslagerung und Verselbständigung von

Verwaltungsaufgaben, Einführung von Markt- und Wettbewerbselemente in das Verwaltungshandeln und privatwirtschaftlicher Managementmethoden und betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente in die öffentliche Verwaltung.

Ein zentrales Ziel ist der Umbau der Verwaltung von einer Behörde zu einem Dienstleistungsunternehmen.

Die verstärkte Orientierung neoliberaler Politiker in den Städten und Gemeinden an betriebswirtschaftlichen Erfolgsmaßstäben macht auch vor Haushaltswirtschaft und Haushaltsrecht nicht Halt. Die Kommunen - so wollen uns die Verfechter von Privatisierung und Abbau öffentlicher Leistungen weismachen - müssten nicht Leistungen erbringen, sondern Produkte anbieten, das Managementverhalten der Privatwirtschaft übernehmen - kurz: wie eine Aktiengesellschaft denken und handeln. Das Ergebnis dieser Anpassung liegt nun vor uns, der Entwurf des Haushalts 2007.

Er zeigt nicht Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, sondern Produktgruppen, Produktbereiche und Produkte. Eine Eröffnungsbilanz mit Aktiva und Passiva des „Konzerns Stadt“, wie er so gerne von denen genannt wird, die den Rest an Daseinsvorsorge der Gemeinden am liebsten völlig durch das Profitprinzip ersetzen möchten, liegt noch nicht vor. Klar ist, der neue „doppische“ Haushalt führt nicht zu einer besseren Finanzausstattung der Stadt. Die Übernahme des kaufmännischen Rechnungswesens dient wesentlich dazu, das Kostenargument als Druckmittel gegenüber Bürgern und Beschäftigten einzusetzen. Die Konkurrenz und der Wettbewerb zwischen den Beschäftigten um die kostengünstigste „Produkterstellung“ sollen von der Finanzmisere der Kommunen ablenken. Arbeitsverdichtung und Aufgabenvermehrung ohne Personalzuwachs werden zunehmen.

Die neue Methode führt nicht zu mehr Transparenz des Finanzgebarens. Im Gegenteil! Wenn sich bisher schon Bürger und Politiker schwer taten, den kameralen Haushalt verstehen und lesen zu können, wird es ihnen heute noch schwerer fallen, Kürzungsvorhaben im Kultur-, Freizeit- oder sozialen Bereich zu entlarven oder auch die Bilanz ihrer Kommune analysieren und kritisieren zu können.

## Aufgespießt

Der städtische Haushaltsplan stellt durch Bundesgesetz gezwungen - von der Kameralistik auf Doppik (kaufmännische Buchhaltung) um. Das Neuland bringt viel Unsicherheit bei den Parlamentariern und der Verwaltung mit sich. Statt mehr Klarheit und Übersicht sieht man sich im Dschungel der Zahlen gefangen. Auch die Erläuterungen verwirren mehr als dass sie aufklären. Der Bürger wird zum Kunden, die Dienstleistung zum Produkt.

Manche Sätze muss man dreimal lesen, um den Sinn zu verstehen. So fanden wir folgenden Absatz:

„Produkte beschreiben die Leistungen der Kommune, so dass deren Leistungsangebot transparent und nachvollziehbar für die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Kommunalpolitiker wird. Sie bilden den „Knoten“, an dem der Input (Ressourceneinsatz) mit dem Output (Produkt in Form der erbrachten kommunalen Leistung) und dem Outcome (den Wirkungen des Produkts) verknüpft ist, so dass die Outputorientierung gewährleistet wird.“

rd

## blickpunkt

Besuchen sie uns im Internet  
[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)

## ESTHER & EDNA BEJARANO

Die Gruppe „Coincidence“ mit Esther Bejarano (sie war Mitglied im Mädchenorchester Auschwitz) gastiert in Mörfelden-Walldorf.

AM 11. NOVEMBER 2006, 20 UHR,  
IN DER  
EVANGELISCHEN KIRCHE  
WALLDORF, LUDWIGSTR. 64

Eintritt: 50,- Euro (7,- Euro ermäßigt)



## Die Sache mit den Landesehrenbriefen

Manchmal kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Da werden dieser Tage u.a. drei SPDler aus Mörfelden-Walldorf die 12 Jahre im Parlament waren vom SPD-Landrat für ihre „langjährigen kommunalpolitischen Aktivitäten in der Doppelstadt“ mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen geehrt.

Man weiß, den kriegt eigentlich jeder, der diese Voraussetzung erfüllt und damit ehrenamtliches Engagement gezeigt hat.

Jeder? Weit gefehlt: Gerd Schulmeyer, seit 1992 Stadtverordneter und seit 2004 im Kreistag wird offenkundig von der SPD-geführten Verwaltung als nicht ehrungswürdig angesehen. Wahrscheinlich liegt es daran, dass er als Fraktionsvorsitzender der DKP/Linke Liste kein Hinterbänkler ist, sondern die Herrschenden und die sich in Parlament und Verwaltung dafür halten immer wieder mit kritischen Fragen und lästigen Anträgen konfrontiert.

Das war in unserer Stadt schon einmal so, als man uns als DKP-Stadtverordneten diesen Ehrenbrief nicht geben wollte; angeblich war damals die Landesregierung dagegen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Wir haben nichts gegen die Auszeichnung engagierter Bürger. Wir haben uns damals auch nicht darum gerissen, den Landesehrenbrief zu bekommen, aber darauf bestanden - und die jahrelange Ausgrenzung hat uns geärgert. Offenbar ist es in unserem Land mit dem „gleichen Recht für alle“ nicht weit her, sondern vor allem „Wohlverhalten“ gefragt. Warum man Gerd Schulmeyer bis heute den Ehrenbrief offensichtlich nicht verleihen will, wird auch im Bürgermeisterwahlkampf ein Thema sein.

Rudolf Dötsch und Rudi Hechler  
Stadtverordnete der DKP/Linke Liste  
in Mörfelden-Walldorf

**Herzlichen Dank allen, die dem »blickpunkt« helfen. Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419, BLZ 50852553**



## Radwege - es tut sich was

Auf unser jahrelanges Drängen scheint sich etwas in Sachen Radwege zu tun. Seit dem Jahre 1990 kümmert sich die DKP in unserer Stadt um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die konsequent das Fahrradfahren fördert.

Radfahren könnte auch in unserer Stadt noch attraktiver werden, wenn im Straßenverkehr Radfahrerinnen und Radfahrer zumindest als gleichberechtigte Partner zum Kraftfahrzeugverkehr anerkannt würden. Diesen Sommer wurde nun eine Radwege-Arbeitsgruppe gebildet. Sie setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sowie aus sachkundigen Bürgern.

Die Fraktion der DKP/Linke Liste hat nun dieser Arbeitsgruppe eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die für die Sicherheit der Fahrradfahrer/innen, die zur Arbeit bzw. zum Einkaufen fahren und insbesondere der Schülerinnen und Schüler, die per Fahrrad zur Schule, ins Schwimmbad, zum Badensee, zu den Sportplätzen und Turnhallen fahren, notwendig sind. Folgende Maßnahmen sollten spätestens im Jahre 2007 begonnen werden bzw. in die Planung gehen.

1. Fahrradwege und dort wo diese aus Platzgründen nicht möglich sind, Fahrradstreifen entlang verkehrsreicher Ortsstraßen z.B. Langener Straße, Gerauer Straße, Rüsselsheimer Straße, Frankfurter Straße im Stadtteil Mörfelden und Farmstraße, Kelsterbacher Straße, Okrifteler Straße/Vitrolles-Ring (vom Nordring bis Alpenring) im Stadtteil Walldorf.
2. Die Lücke zwischen dem Radweg Nordring und dem Fahrradstreifen Aschaffener Straße ist zu schließen.
3. Der bereits in der Vorplanung befindliche Umbau (Kreisell) im Bereich Gärtnerweg / Westendstraße / Rüsselsheimerstraße ist dringend erforderlich. Eine Radwegeverbindung zu den Märkten an der Gerauer Straße ist vorzudringlich.
4. Es fehlt weiterhin ein Radweg vom Kreisell Farmstraße zum Badensee bzw. B 44. Die Planung über die beiden Brücken ist umgehend in Angriff zu nehmen.

5. Das Befahren von Einbahnstraßen in Gegenrichtung sollte wie im Stadtteil Walldorf auch in Mörfelden ermöglicht werden.

6. An den Bahnhöfen, z. B. Mörfelden-Ostseite sind neuzeitliche Fahrradständer anzuordnen.

Sorgen wir endlich dafür, dass Mörfelden-Walldorf eine radfahrerfreundliche Stadt wird.  
Heinz Hechler

**Immer dran denken:  
Der „blickpunkt“ freut sich  
auf Leserbriefe!**

## Patenschaften für Stolpersteine

Am 17. Mai 2005 hat die DKP im Stadtparlament beantragt „Stolpersteine gegen das Vergessen“ in unserer Stadt zu setzen.

Am 23. Mai 2005 bemühte sich Bürgermeister Brehl in einem Brief an die Stadtverordnetenversammlung die Sache schlecht zu reden: „Wir sind in unserer Stadt meilenweit über „Stolpersteine“ in banalem Straßenpflaster hinaus.“

Der Antrag der DKP/OL wurde trotzdem im Stadtparlament angenommen.

Mittlerweile unterstützt der ehemalige 1. Stadtrat Vorndran unsere Initiative. Auch der Schriftsteller Peter Härtling ist ausdrücklich für das Anliegen: „Es ist ganz wichtig, dass hier gestolpert wird“, betont Härtling, der die Messingplatten des Künstlers Gunter Demnig als eine „ganz hervorragende Idee“ bezeichnet.

Von den damals 57 in Mörfelden und Walldorf lebenden Juden hat man bereits die Wohnorte von 49 Personen ermitteln können. Zur Erinnerung an sie wird der Kölner Künstler Gunter Demnig etwa 10 x 10 Zentimeter große Messingplatten vor Ort verlegen. Ein Stein kostet 95 Euro. Das Geld wird durch Patenschaften aufgebracht.

Über zwanzig Patenschaften sind bereits vergeben.

Wer eine Patenschaft übernehmen möchte, kann den Betrag auf das Konto des Fördervereins mit der Nummer 4556 bei der Kreissparkasse Groß-Gerau, Bankleitzahl 508 525 53 überweisen. Weitere Informationen gibt es bei Hans-Jürgen Vorndran, Telefon 951567.

## Die Zukunft der Sparkassen

In der „Aktuellen Stunde“ der Oktobersitzung hatte DIE LINKE.OL

im Kreistag Groß-Gerau das Thema Zukunft und Perspektiven der Sparkassen auf die Tagesordnung gesetzt. Für die Kreistagsfraktion sagte dazu Gerd Schulmeyer:

„Das Thema ist aktuell. Die FAZ berichtete am Samstag unter der Überschrift „Keine Privatisierung der Sparkassen“ über die Landtagsdebatte zum Entwurf für ein neues Sparkassengesetz, das die CDU-Landesregierung am Donnerstag im den Landtageingebracht hat. Glaubt man dem CDU-Wirtschaftsminister, wird damit eine Stärkung der Sparkassen im internationalen Wettbewerb angestrebt. Rhiel betonte: „Es gibt keine Privatisierung der Sparkassen.“ SPD und Grüne im Landtag glauben ihm nicht. Sie lehnen die Pläne der Landesregierung ab, weil sie ihrer Auffassung nach den Weg zu einer Privatisierung der Sparkassen ebnen. Die FDP hat einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt, weil ihr die Pläne der CDU nicht weit genug gehen. Sie spricht sich ausdrück-

mehr, als um den Namen: Es geht darum, ob dort wo S drauf steht auch in Zukunft Sparkasse drin ist, d.h. eine verlässliche regionale Struktur mit Präsenz in der Fläche, „als Partner der Bürgerinnen und Bürger und des Mittelstands“, wie es die hessische SPD-Landesvorsitzende im Kommunalwahlkampfformuliert hat.

Eine Einrichtung der Daseinsvorsorge mit einer Gemeinwohlorientierung, nicht eine Geschäftsbank mit reiner Gewinnerzielungsabsicht. Wir teilen die Skepsis von SPD und Grünen an dieser Stelle. Wir lehnen jeden Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen ab und begrüßen deshalb auch ausdrücklich, dass CDU und FDP von SPD und Grünen im Landtag aufgefordert wurden, ihre Gesetzentwürfe zurückzuziehen. Wenn der SPD-Sprecher zitiert wird: „Selbst wenn sie - die Sparkassen - nur innerhalb der Sparkassenfamilie verkauft werden dürften, verlor sie ihren besonderen Charakter. Rendite stünde dann vor kommunaler Daseinsvorsorge, Kredite für mittelständische Unternehmen wären in Frage gestellt, und viele lokale Initiativen erhielten vermutlich keine Unterstützung mehr“, nehmen wir das als ernste Bedenken. Ebenso wenn die Grünen-Sprecherin der Wirtschaftsminister Totengräber der Sparkassen in Hessen nennt. Ob SPD- und Grünen-Politiker dem Druck der EU und der Bankenkonkurrenz standhalten, ist zu hoffen, aber nicht sicher. Selbst die LINKE fällt gelegentlich dort, wo sie in Regierungen eingetreten ist - wie in Berlin - und die Folgen eines CDU-Bankenskandals zu bewältigen sind, auf Verlockungen herein, die sich allemal als politische Fehler zum Schaden der „kleinen Leute“ erweisen. Um so wichtiger ist es, sich auf eine harte Auseinandersetzung einzustellen.

### Was hat das mit uns im Kreis Groß-Gerau zu tun?

Im Geschäftsbericht der Kreissparkasse für das Jahr 2005 habe ich zu dieser Entwicklung, die auch im vergangenen Jahr schon im Gange war, weder im Lagebericht, der u.a. die Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit, Risiken und Prognosen umfasst, noch im Bericht des Verwaltungsrates außer sehr vagen Andeutungen kein Wort gefunden. Wir er-

warten, dass der Kreisausschuss in die Diskussion um die Zukunft der Sparkassen stärker eingreift. Ebenso halten wir es für angebracht, dass der Verwaltungsrat, aus dem Sie - Kolleginnen und Kollegen der Kreistagsfraktionen von SPD/FWG/FDP, CDU und Grünen - uns sicher mit Bedacht ferngehalten haben, zu dieser Entwicklung deutlich im Sinne des Erhalts der Sparkassen Stellung nimmt und jeder Privatisierungsabsicht eine Absage erteilt.

Wir wollen wissen, „welches Geistes Kind“ in dieser Frage diejenigen sind, die Sie als Kreistagsmitglieder und über den Kreisausschuss in dieses Organ der Selbstverwaltung der Kreissparkasse Groß-Gerau bestellt haben.“

Der CDU-Fraktionssprecher und Landtagsabgeordnete Schork bezeichnete das als „linkssozialistische Tiraden“. Die FDP sagte nichts, ihre Abgeordneten hatten den Saal bereits verlassen.



„Heuner, die Borjemosterwahl geht los!“ „Alsweierer!“ „Bei de SPD kandidiert de Becker, die CDU hot en Körner und de Schulmeyer-Gerd kandidiert fer die DKP.“

„In Walldorf hot de Kerner schun bundische Zeddel vedaale losse.“ „Un?“ „Also der kennt jo Leit!“ „Un wen?“ „Ei de Roland Koch un de Präsident vum Landtag!“

„De Schwarzgeld-Koch - ob des hilft? Kennder aach Merfeller un Wallderfer?“

„Die werrer hoffendlich kenne lerne - er is neemlich fer de Ausbau vum Fluchhaafe.“

„Des is de Gerd awwer net - gelle!“ „Dodefeer speelt de Kerner Trumpett!“

„Geh fort - un de Schulmeyers-Gerd Gittaa und außerdem singt der noch.“ „No wonns so is!“

Weitere Informationen über die Arbeit der linken Kreistagsfraktion bei:

Gerd Schulmeyer  
Wolfsgartenstraße 2  
64546 Mörfelden-Walldorf  
Telefon 06105/23366

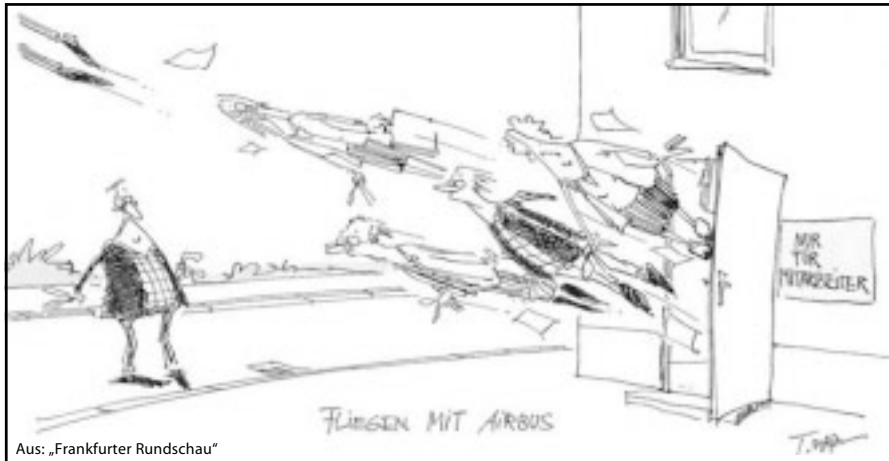
Helmut Werner  
Am Hermannsberg 79  
64521 Groß-Gerau  
Telefon 06152/82870

Marianne Flörshaimer  
Uranstraße 7  
65428 Rüsselsheim

lich für eine private Beteiligung an den Sparkassen aus.

Dies alles spielt sich vor dem Hintergrund massiver Aufforderungen der EU-Kommission ab, das Gesetz über das deutsche Kreditwesen zu ändern, das den Sparkassen bisher einen öffentlich-rechtlichen Träger vorschreibt. Dabei geht es um

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



## Fraport schreibt Gesetze selbst

Wer den Entwurf für das neue Fluglärmschutzgesetz liest und die geplante Erweiterung des Frankfurter Flughafens auch nur im Ansatz kennt, dem springt in die Augen, das wird eine Lex-Fraport. „Monitor“ hat jetzt aufgedeckt, wie das funktioniert. Die Bundesregierung lässt einen von der Fraport-AG bezahlten Mitarbeiter im Verkehrsministerium die Gesetzgebung vorbereiten.

Die Gewaltenteilung als Fundament der Demokratie ist nicht nur aufgeweicht, sie ist in der Praxis schon lange außer Kraft gesetzt. In Hessen ist auch die Kontrolle der Gesetze schon in der Hand der Wirtschaft. Von den ohnehin spärlichen Nachtflugbeschränkungen kann abgewichen werden.

Wer erteilt die vom Gesetz dem Verkehrsminister vorbehaltenen Ausnahmegenehmigungen? Zwei Fraport-Angestellte, die als „Leihbeamte“ für das Hessische Verkehrsministerium arbeiten. Da braucht es gar keine recherchierenden Journalisten mehr, die Landesregierung hat keine Hemmungen, das offen zugeben. Sie findet es völlig in Ordnung, wenn Angestellte des Unternehmens, das mit mehr Lärm auch mehr verdient, den Schutz der Nachtruhe kontrollieren. Diesen Weg geht Ministerpräsident Koch jetzt konsequent weiter. Er hat bei einer IHK-Veranstaltung erklärt, er will für den Flughafenausbau keine Kontrolle mehr durch Gerichte, es genüge, dass die Politik ihn wolle.

In der Praxis regiert die Wirtschaft. Der beugt sich auch die Frankfurter Oberbürgermeisterin. Im Aufsichtsrat der Fraport AG stimmt sie nicht gegen den Ausbau obwohl die Stadtverordnetenversammlung sie dazu verpflichtet hat. Sie fühlt sich als Organ einer Aktiengesellschaft nur dem Wohl des Unternehmens verpflichtet. Da muss halt die Gesundheit der Bürger und das Gedeihen aller anderen unter dem Flughafen leidenden Wirtschaftszweige zurückstehen.

Muss man sich da nach den Enthüllungen aus Berlin noch wundern, wenn die Bürger so politikverdrossen sind, dass die Wahlbeteiligung bereits nur noch bei 40% liegt?

## Bleivogel

Innerhalb von 20 Monaten erlebten wir den teuersten Crash, den es innerhalb der internationalen Geschichte des zivilen Flugzeugbaus gegeben hat. Am 18. Januar 2005 wurde in Toulouse der A380 der Öffentlichkeit vorgestellt. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder äußerte sich wie ein Halbgott auf Wolken sieben: „Mag sein, daß wir nach den Sternen gegriffen haben, aber bezogen auf die Luftfahrt haben wir heute einen wesentlichen Teil davon in der Hand.“

Es kam anders. Inzwischen ist klar: Der Riesenvogel sollte besser auf den Namen *Avis Plumbum* (lat. für Bleivogel) getauft werden. Er wird mindestens zwei Jahre später als angekündigt im Linienflug abheben. Und er liegt wie ein Bleigewicht auf den Bilanzen der nächsten Jahre des Rüstungs- und Luftfahrtkonzerns EADS. Er fliegt also nicht so schnell - nur die Mitarbeiter.

Seit fast eineinhalb Jahrzehnten wird der Sektor der Flugzeuge mit mehr als 100 Sitzplätzen von den zwei Konzernen Boeing (USA) und Airbus (inzwischen EADS/Airbus) beherrscht. Dieses Oligopol schafft sich bereits durch seine schiefe Macht künstlich Märkte. Bei Airbus entstehen seit Jahrzehnten alle großen neuen Modelle mit Hilfe von staatlichen Milliarden-Subventionen - also Steuergelder. Hinzu kommt, daß Boeing neben seiner Eigenschaft als Hersteller ziviler Flugzeuge auch der größte Rüstungskonzern der Welt ist und daß EADS neben den Tätigkeiten seiner Tochter Airbus der größte Rüstungskonzern auf dem europäischen Kontinent ist. Auf diese

Weise werden diese Konzerne von einem Milliarden-Dollar- bzw. Euro-Segen an Steuergeldern für Rüstungsaufträge gespeist. Was in beiden Fällen auch zur Quersubventionierung des zivilen Flugzeugbaugeschäfts genutzt wird.

Der EADS-Airbus-Konzern wird durch die Eigentümerstruktur und über die regelmäßigen staatlichen Subventionen bisher von vier Regierungen maßgeblich beeinflusst: der deutschen, der französischen, der spanischen und der britischen.

Die absurde und sündhaft teure Art der Produktion einzelner Modelle - mit langen See- und Lkw-Fahrten ganzer Flügel-, Rumpf- und Heckelemente - ist in erster Linie Resultat dieser auf Proporz orientierten Eigentümerstruktur.

Erklärtes EADS-Ziel war es, Boeing als jahrzehntelange Nummer eins abzulösen. Tatsache ist aber, daß inzwischen Boeing wieder die Nase weit vorn hat.

Bisher verschlang der A380 zwölf Milliarden Euro an Entwicklungskosten. Fest steht, daß allein die verzögerte Auslieferung zusätzliche Kosten in Höhe von 4,8 Milliarden Euro mit sich bringen wird. Zieht das EADS-Airbus-Management das Projekt A380 durch, dann kann es durchaus sein, daß am Ende nur weniger als 200 Exemplare des A380 verkauft werden. Womit sich die gesamten bisherigen Verluste mehr als verdoppeln würden. Der A380 ist in strategischer Sicht eine Fehlplanung.

Aber es wurden und werden Naturschutzgebiete zugeschüttet, Wald vernichtet, Riesenhallen in die Natur betoniert.



# Stadtgeschichten



Die Mörfelder Naturfreunde wurden kurz nach dem ersten Weltkrieg im Jahre 1920 gegründet. Es wurde viel gesungen, musiziert, getanzt, Theater gespielt, gelesen, diskutiert und vor allem gewandert. Viele lernten ein Instrument zu spielen, andere wurden an das Fotografieren herangeführt. So entstanden schon sehr früh, als Fotografieren allgemein noch nicht üblich war, schöne Erinnerungsfotos. Es wurde damit ein Stück „Stadtgeschichte“ überliefert. Die positive Entwicklung des Vereins erfuhr durch den Terror der Nazis im Jahre 1933 eine böse und folgenschwere Unterbrechung. Wie alle Arbeiterpartei- und vereine wurden auch die Naturfreunde verboten, ihre schönen Häuser und das gesamte Vermögen beschlagnahmt und viele Funktionäre verhaftet und misshandelt. Unser heutiges Foto zeigt eine 30-köpfige Gruppe des Vereins bei einer Herbstwanderung etwa Mitte der 1920er Jahre. An der Kleidung fällt auf, dass alle Männer weiße Hemden trugen und viele sogar Krawatte. Die Frauen waren mit schwarzen Mänteln und Hut unterwegs. Sie lagerten auf einer Waldwiese und wie bei den Naturfreunden üblich hatten viele ein Instrument dabei, sodass mit Gitarren- und Mandolinbegleitung ein Lied angestimmt wurde. Viele bekannte Gesichter sind zu erkennen, u. a. zweite Reihe, zweiter von links, mit Hut und Gitarre: Heinrich Glotzbach, genannt Amme-Heiner (späterer Leiter des SKV-Musikzuges), rechts hinter ihm Adam Kolb, und stehend ganz rechts Konrad Schaffner.



## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Oktober/November 2006:



# KulBa

9. November  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend - Lieder mit dem Anfangsbuchstaben Q - Beginn: 20 Uhr

26. November  
**Familienfrühstück**  
9:30 - 12:30 h

8. Dezember  
**Film: „Kickit like Frankreich“**  
von Martin Kessler  
anschließend Diskussion mit Martin Kessler  
Beginn: 20 Uhr - Eintritt: Spende

11. Dezember  
**HörBar: „Holidays on Ice (David Sedaris)“**  
Hörbuchabend  
Beginn: 20 Uhr

14. Dezember  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend.  
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben R  
Beginn: 20 Uhr

24. Dezember  
**Weihnachtsparty mit Cocktails**  
21:00 - 2:00h - Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Er is bei de Hand  
wie e Wicksberschd,  
wann mer se  
brauch  
isse net do.